

Venezuela in Not

STEHT EIN REFORMLOSER ABSCHIED VON MADURO BEVOR?

Nach dem Sieg des demokratischen Oppositionsbündnisses „Mesa de Unidad Democrática“ (MUD) bei den Parlamentswahlen am 6. Dezember 2015 gerät die Regierung unter Führung des Staatspräsidenten Maduro zunehmend in die Defensive. Während sie noch zuvor alle wichtigen politischen Institutionen und die Medien über Jahre hinweg dominierte, fehlt dem chavistischen Lager nun mit dem Parlament ein wichtiger Baustein zur Legitimierung des eigenen Handelns und im politischen Diskurs. Weder der Erinnerungskult an den verstorbenen „Übervater“ Hugo Chávez noch die ewige Schuldsuche bei den politischen Gegnern oder das Erfinden von Verschwörungstheorien täuschen darüber hinweg, dass die Venezolaner mehrheitlich die Regierung und ihre Wirtschaftspolitik für die historisch größte Krise des Landes verantwortlich machen, die noch nicht ihren Zenit erreicht hat. Getrieben von der Kritik aus dem eigenen Lager und der katastrophalen Versorgungssituation im Lande flüchtet sich Nicolás Maduro derweil in wirkungslosen Aktionismus und sucht die faktische Entmachtung des Parlaments. Jüngst angekündigte Reformen entpuppen sich als Festhalten am gescheiterten Wirtschaftsmodell und dürften Maduros politisches Ende kaum verhindern.

Nachdem sich am 5. Januar 2016 die neue Nationalversammlung konstituierte und die Arbeit aufnahm, begann die Auseinandersetzung und Blockadepolitik zwischen den Institutionen. Die chavistische Regierung bereitete sich bereits nach dem Wahlergebnis im Dezember auf den Mehrheitsverlust im Ein-Kammer-Parlament vor, in dem es die Richter des Obersten Gerichtshofes aus-

tauschen oder neu ernennen ließ. Ein erneuter Austausch oder die Abberufung der jüngst (wieder)gewählten Richter durch das Parlament ist so nur schwer möglich. Außerdem ließ die Regierung die Sendestudios und –anlagen des nationalen Parlamentsfernsehkansals abmontieren oder zerstören. Als weiteres Zeichen der Konfrontation ist zu werten, dass man dem Parlament am 5. Januar das Wasser abstellte. Erst nach der Installation eines neuen Wassertanks konnte die Parlamentsverwaltung die Arbeit aufnehmen.

Gesteuerte Gerichtsbarkeit behindert Parlament

Die Vorkommnisse hielten die MUD nicht davon ab, die neu gewählten Abgeordneten zu vereidigen, darunter auch drei Mandatsträger aus dem Bundestaat Amazonas, denen von Regierungsseite Wahlfälschung vorgeworfen wurde. Der Oberste Gerichtshof (Tribunal Supremo de Justicia – TSJ) reagierte umgehend und deklarierte alle Entscheidungen des Parlaments für nichtig, solange die betroffenen drei Abgeordneten weiterhin dem Parlament angehörten. Erst als sich die drei Mandatsträger der offensichtlich politisch motivierten Entscheidung des TSJ beugten und freiwillig zurücktraten, war das Parlament laut Gericht wieder entscheidungsfähig. Es müssten nun Nachwahlen im Bundestaat Amazonas stattfinden, jedoch ist unklar, wann diese abgehalten werden sollen. Hintergrund der Entscheidung des TSJ ist wohl, der MUD die wichtige Zwei-Drittel-Mehrheit streitig zu machen.

Als weitere Neuerungen nahm Maduro im Januar Änderungen im Kabinett vor. Neuer Vizepräsident ist Aristóbulo Isturiz, der zu-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

VENEZUELA

Februar 2016

www.kas.de/venezuela

mindest Kontakte zur Opposition unterhalten soll. Bisher hat er jedoch keinerlei Anzeichen gegeben, zwischen PSUV und MUD vermitteln zu wollen oder zu können. Interessant ist, dass Verteidigungsminister Padrino López weiterhin im Amt blieb. Noch in der Wahlnacht des 6. Dezember 2015 soll es zwischen ihm und dem damaligen Parlamentspräsidenten Diosdado Cabello zu einem heftigen Streit gekommen sein, in dem es um den Umgang mit der Wahlniederlage gegangen sein soll. General Padrino López soll sich zum Unmut von Cabello unter Berufung auf seine Befehlsgewalt über das Militär für die Anerkennung des Wahlergebnisses ausgesprochen haben.

Nervöser Präsident: Zweimalige Kabinettsumbildung innerhalb eines Monats

Mit dem Soziologen Luis Salas berief Maduro einen ideologischen Hardliner in das Kabinett, der für die Wirtschaftspolitik verantwortlich sein sollte. Salas fiel durch befremdliche Äußerungen auf, etwa dass es Inflation gar nicht gebe, obwohl die Zentralbank selbst die (bewusst „niedrig“ kalkulierte) Inflationsrate 2015 auf unglaubliche 180 Prozent bezifferte. Möglicherweise fiel die Wahl auf Salas, um dem ideologischen Flügel der PSUV entgegenzukommen. Wirksame Wirtschaftsreformen waren mit Salas jedoch undenkbar. Bereits ein Monat später ersetzte Maduro ihn durch Miguel Pérez Abad, der bisher für die Industriepolitik zuständig war. Als kryptische Begründung für die Umbesetzung gab Maduro „eine Situation familiären Charakters“ an.

Pérez Abad ist nun für die Umsetzung der „Wirtschaftlichen Notstandsverordnung“ zuständig. Das Dekret wurde im Januar von Maduro dem neu gewählten Parlament zur Abstimmung vorgelegt. Da die Verordnung mehr Kontrolle der Wirtschaft und willkürliche Enteignungen sowie weniger Rechenschaftspflicht des Präsidenten in der Wirtschaftspolitik vorsah, lehnte sie das Parlament innerhalb der achttägigen Frist ab. Maduro machte daraufhin eine Eingabe beim Obersten Gerichtshof, der das Dekret nicht nur für rechtens, sondern auch gültig erklärte, da das Parlament nicht innerhalb von 48 Stunden Stellung bezogen habe.

Somit wurde im Nachhinein die Frist gekürzt, die dem Parlament zur Stellungnahme zur Verfügung stand.

Die Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes offenbaren nicht nur dessen politisch motiviertes Handeln, sondern vor allem die Bereitschaft der chavistischen Regierung, das Parlament notfalls zu ignorieren. Augenscheinlich ist man nicht daran interessiert, einer legislativen Kontrolle Folge zu leisten. Bereits zuvor sind etliche Minister zu einberufenen Anhörungen des Parlaments nicht erschienen. Anfragen der Legislative an die Ministerien werden von Regierungsseite nicht beantwortet. Da das Parlament laut Verfassung nicht nur Präsident und Minister, sondern Vertreter aller Ebenen der Exekutive anhören darf, gehen die Abgeordneten zunehmend dazu über, sich an die unteren Verwaltungsebenen zu wenden. Für Aufsehen sorgte der junge Abgeordnete und Arzt José Manuel Olivares, der bei dem Versuch einer Ortsbegehung eines staatlichen Vertriebszentrums etliche Tonnen dringend benötigter Medikamente entdeckte und sogleich von den Verantwortlichen des Geländes verwiesen wurde. Die angespannte Versorgungslage – vor allem mit Medikamenten – ist nicht nur auf Importfinanzierungsprobleme der Regierung, sondern auch auf Güterunterschlagung zurückzuführen, an der sich in erster Linie die Behörden und ihre Mitarbeiter selbst bereichern.

Neues Amnestiegesetz: Kommt Leopoldo López frei?

Die MUD nimmt unterdessen die Umsetzung weiterer Wahlversprechen in Angriff. So erfolgte am 18. Februar die erste Lesung eines Amnestiegesetzes für politische Gefangene und Verfolgte. Von dem Gesetz dürften nicht nur die aktuell rund 80 politischen Inhaftierten profitieren, darunter der bekannte Oppositionspolitiker Leopoldo López, sondern auch einige tausend Verurteilte, die sich regelmäßig bei den Polizeidienststellen melden müssen, wie auch politisch Verfolgte im Exil. Ob das Gesetz letzten Endes umgesetzt wird, darf vor dem Hintergrund der bisherigen Ereignisse bezweifelt werden. Die Regierung könnte das Amnestiegesetz über den Obersten Gerichtshof unter gewohnt

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

VENEZUELA

Februar 2016

www.kas.de/venezuela

fadenscheinigen Begründungen kippen oder es notfalls einfach ignorieren. Der PSUV-Abgeordnete Pedro Carreño deutete nach der Debatte des Gesetzes bereits an, dass „wenn der Oberste Gerichtshof diese Vogelscheuche, diesen Schund, als nicht verfassungskonform deklariert, und das wird passieren, verschwindet dieses Gesetz einfach in der Schublade.“

Parlament untersucht Veruntreuung von Milliardensummen durch die Regierung

Unabhängig von der Reaktion der Regierung macht sich die MUD an die Umsetzung ihrer Wahlversprechen, darunter auch das Ziel, mehr Transparenz und Kontrolle der Haushaltsführung durchzusetzen. Der Vorsitzende des Rechnungsausschuss, Freddy Guevara, kündigte die Gründung eines Sonderausschusses an, der die Machenschaften des ehemaligen Vorsitzenden des staatlichen Ölkonzerns PDVSA untersucht. Unter Ramirez' Führung deckten US-Steuerfahnder die Veruntreuung von über vier Milliarden US-Dollar auf, die PDVSA über Mittelsmänner bei der „Banca Privada de Andorra“ (BPA) und Tochterbanken in Spanien waschen ließen. Vermutlich handelte es sich nicht um einen Einzelfall, sondern um ein gängiges Veruntreuungssystem staatlicher Mittel, mit dem schwarze Konten befüllt wurden. Guevara sprach sogar davon, dass dem venezolanischen Volk in den chavistischen Regierungsjahren ein Verlust von bis zu 800 Milliarden US-Dollar entstanden worden sein könnte.

Während die Regierung mit einem chavistisch kontrollierten Parlament lange Jahre keine legislative Kontrolle zu befürchten hatte, muss sie sich nun sorgen, dass noch mehr dunkle und unlautere Machenschaften ans Licht der Öffentlichkeit kommen. Zudem offenbart sich zunehmend der autoritäre und anti-demokratische Charakter der Regierung. Längst bezeichnen venezolanische Politologen Venezuela als elektorale Autokratie mit der Tendenz in Richtung Diktatur. Das Ignorieren des Parlaments durch Exekutive und Jurisdiktion unterstreicht diese Entwicklung.

Alle Anzeichen deuten auf eine verstärkte Konfrontation zwischen Parlament auf der einen und der Regierung sowie der von ihr kontrollierten Organe auf der anderen Seite hin. Währenddessen wird sich die ökonomische und soziale Situation im Lande mit großer Gewissheit verschlechtern.

Maduro verschläft Wirtschaftsreformen

In seiner nun fast dreijährigen Amtszeit glänzten Präsident Maduro und sein Kabinett vor allem durch unglaubliche Untätigkeit und Starrköpfigkeit. Während die Regierung im Staatsfernsehen ihre angeblichen Erfolge feierte, rutsche das Land immer tiefer in die Krise. Dank eines Wirtschaftsmodells, das auf der Basis eines festen Preis- und Wechselkurssystems zu Korruption und Veruntreuung einlud und zudem die heimische Produktion nahezu zerstörte, steht das Land nun am Abgrund. Nicht nur die weltweit höchste Inflationsrate, sondern auch ein rekordverdächtiges Haushaltsdefizit und der Ausverkauf der Währungsreserven sowie Verpfändung künftiger Ölrenten an China sind weiteres Ergebnis der erfolglosen Regierungsführung des Staatspräsidenten.

Schon zu Beginn seiner Amtszeit hätte Maduro umgehend die Preisbindung für Produkte – unterhalb der Produktionskosten wohlgeemerkt – und das System der festen Wechselkurse aufgeben, die sinnwidrige Subventionen, wie im Fall der Benzinpreispolitik, einstellen sowie die heimische Währung abwerten müssen. Aus ideologischen Gründen und schlichtweg Inkompetenz hat sich die Regierung in den letzten Jahren den notwendigen Reformschritten verweigert, wohl wissend, dass diese mit hohen politischen Kosten verbunden sind. Zudem hatte Maduro nie die notwendige Durchsetzungsfähigkeit und Autorität im eigenen Lager gehabt, um wahrhaftige Korrekturen am Wirtschaftsmodell vorzunehmen, wohl auch weil viele chavistische Politiker, Spitzenbeamte und Militärs sich in unerhörtem Maße selbst bereicherten. Letztere Gruppe dürfte zu den größten Profiteuren gehören. Gegen die Generäle kann Maduro keine Politik machen. Im Gegenteil, in seinen Amtsjahren machte er ihnen zunehmend mehr Zuge-

ständnisse. Viele Direktoren staatlicher Betriebe und Spitzenfunktionäre in den Behörden sind aktive oder ehemalige Generäle und Admirale. Auch die überwiegende Mehrheit der entsandten Botschafter Venezuelas sind hochrangige Militärs. Jüngstes Zugeständnis Maduros an das Militär war die Gründung der „Compañía Anónima Militar de Industrias Mineras, Petrolíferas y de Gas (Camimpeg)“, die eine Parallelstruktur zum staatlichen Erdölkonzern PDVSA unterhalten wird und zu hundert Prozent dem Militär gehört.

Wie lange kann sich Maduro noch im Amt halten?

Noch nie stand eine chavistische Regierung so nah vor dem Aus. Selbst im eigenen Lager wird über Auswege aus der Krise und die Ablösung von Maduro heftig diskutiert. Überzeugte Sozialisten, die sich bereits vor längerem von der PSUV distanzierten, reden in der Öffentlichkeit über die Aufgabe des Präsidenten – noch vor wenigen Monaten kaum vorstellbar und sogar gefährlich. Wie lange sich noch Maduro halten kann, bleibt abzuwarten.

Wohl um den politischen Druck zu mindern, verkündete Präsident Maduro am 17. Februar in einer nervtötenden, fünfstündigen Fernsehansprache auf allen Radio- und Fernsehkanälen des Landes seine angeblichen Wirtschaftsreformen.

Zum ersten Mal seit vielen Jahren wird der staatlich reglementierte Benzinpreis um bis zu 6.000 Prozent erhöht. Ein Liter Normalbenzin wird ein Bolívar Fuerte und ein Liter Superbenzin sechs Bolivares Fuertes kosten. Angesichts der Tatsache, dass auf dem Schwarzmarkt ein Dollar für rund 1000 Bolivares gehandelt wird, ist die Anhebung des Benzinpreises unbedeutend. Der staatliche Erdöl- und Benzinmonopolist PDVSA wird weiterhin Verluste einfahren, da er unter Weltmarktpreisniveau verkaufen muss. Freilich wird der Schmuggel von Benzin ins Ausland, an dem vor allem Militär und Nationalgarde beteiligt sein sollen, bei der Preisdifferenz nicht gemindert. Ferner kündigte Maduro eine Erhöhung des Mindestlohns und des obligatorischen Lebensmittelbonus

für Angestellte an. Aufgrund leerer Staatskassen wird die Finanzierung der Löhne im öffentlichen Dienst durch das Drucken zusätzlicher Bolivares Fuertes erfolgen, was zu noch mehr Inflation führen wird.

Schließlich kündigte Maduro auch eine Mini-Abwertung der Währung an. Statt für 6,30 Bolivares Fuertes beträgt der staatlich festgesetzte Wechselkurs für einen US-Dollar künftig zehn Bolivares Fuertes. Angesichts eines Schwarzmarktkurses, der mehr als das Hundertfache beträgt, wird die Maßnahme kaum den Schwarzmarkthandel beenden. Die Devisenknappheit wird fortbestehen und somit werden Regierungsangehörige und ihre Günstlinge weiterhin die staatlichen US-Dollars aus dem Ölgeschäft mittels Veruntreuung und Scheingeschäften für 10 Bolivares pro US-Dollar tauschen und für mehr als 1.000 Bolivares pro US-Dollar zurücktauschen. Die von Maduro angekündigten Maßnahmen stellen keine grundlegenden Reformen dar, sondern ist nichts weiter als heiße Luft. Möglicherweise hat er sich ein wenig Zeit gekauft, jedoch ändert das nichts an dem Scheitern des Wirtschaftsmodells und dem sich abzeichnenden politischen Ende Maduros.

Parlament berät über Neuwahlen

Im Parlament berät man sich zurzeit über verschiedene Möglichkeiten, einen verfassungsmäßigen Wechsel herbeizuführen. Sollte Maduro nicht zurücktreten, so bestehen die drei Optionen, eine Verfassungsgebende Versammlung einzuberufen und mit der Verabschiedung einer neuen Verfassung auch Neuwahlen herbeizuführen, ein Abberufungsreferendum beim Nationalen Wahlrat einzureichen oder per Gesetz alle Amtszeiten von den gewählten Vertretern der Exekutive, Legislative und Judikative zu verkürzen und somit neu wählen zu lassen. Angesichts von Maduros Unbeliebtheit muss die MUD keinen Wahlgang fürchten.

Im Endeffekt werden es die Realitäten im Lande sein, die die politischen Entwicklungen einholen werden. Die Wasser- und Strominfrastruktur liegt aufgrund fehlender Niederschläge und vor allem ausgebliebener Investitionen in den vergangenen 17 Jahren

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

VENEZUELA

Februar 2016

www.kas.de/venezuela

brach. In weiten Teilen des Landes werden Strom und Wasser bereits jetzt schon rationiert, Tendenz steigend. Hinzu kommt die Knappheit von Nahrungsmitteln und Waren des täglichen Bedarfs und der Kollaps der öffentlichen Gesundheitsversorgung, aufgrund derer das Parlament bereits eine „humanitäre Krise“ im Land ausrief. Wegen der Inflation verarmen großen Teile der Bevölkerung. Mehr als das zehnfache eines staatlichen Mindestlohns ist notwendig, um den Monatsbedarf einer vierköpfigen Familie zu decken. Im Land häuft sich die Anzahl von Protesten, auch wenn die staatlich kontrollierten Medien kaum davon berichten. Präsident Maduro laufen die Anhänger und die Zeit davon. Ambitioniert gestartet und einst weltweit von der politischen Linken gefeiert, steht einmal mehr ein sozialistisches Projekt – oder was auch immer Ziel des Chavismus war - vor dem Aus. Statt zu investieren, hat die chavistische Regierung viel zu viele Mittel in unsinnige Strukturen oder den Konsum gelenkt. Dank Misswirtschaft, Veruntreuung und Ineffizienz sind staatliche Banken pleite und die Staatskassen leer. Venezuela stehen harte Zeiten bevor, egal wer regiert.